

Handbuch Straßenrecht

Kodal

8. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-70385-0
C.H.BECK

Straßenrecht

Systematische Darstellung des Rechts der öffentlichen
Straßen, Wege und Plätze in Bund und Ländern

begründet von

Dr. Kurt Kodal †

herausgegeben und bearbeitet von

Akademischer Direktor Dr. Dr. Franz-Rudolf Herber

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

sowie bearbeitet von

Dr. Hansjochen Dürr

Präsident des Verwaltungsgerichts a.D.,
Verwaltungsgericht Karlsruhe

Sebastian Heidorn

Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Verwaltungsrecht,
Kanzlei Labbé & Partner München

Karsten Maas

Regierungsdirektor im Bundesministerium
für Verkehr und digitale Infrastruktur

Christian Springe

Regierungsdirektor im Bundesministerium
für Verkehr und digitale Infrastruktur

Ulrich Stahlhut

Ministerialrat im Bundesministerium für
Verkehr und digitale Infrastruktur

8. Auflage



Zitiervorschlag:
Bearbeiter in Kodal StraßenR-HdB Kapitel Randnummer
Herber in Kodal StraßenR-HdB Kap. 26 Rn. 3


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 70385 0

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Es ist ohne Zweifel eine Jahrhundertreform, die im Jahr 2017 für die Verwaltung der Bundesfernstraßen verabschiedet worden ist:

- Die Auftragsverwaltung für die Bundesautobahnen ist ein Auslaufmodell, spätestens am 1.1.2021 muss die Umstellung auf Bundeseigenverwaltung erfolgt sein (Art. 143e Abs. 1 S. 1 GG). Die gesetzlichen Grundlagen hierfür sind geschaffen: Im Zentrum der Reform steht zunächst der Betrieb einer Infrastrukturgesellschaft als GmbH, deren Anteile zu 100% in der Hand des Bundes sind. Am 1.1.2021 muss das Fernstraßen-Bundesamt im Vollbetrieb sein, das einerseits von den Landesverwaltungen das Planfeststellungsverfahren übernimmt und andererseits vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wichtige Kompetenzen übernimmt.
- Für die Bundesstraßen besteht die Auftragsverwaltung nach Art. 90 Abs. 3 GG fort, soweit nicht (ausnahmsweise) ein Land im Antragsweg Bundesstraßen in die Bundeseigenverwaltung übertragen lässt. Für das vorliegende Handbuch bedeutet dies, dass die Auftragsverwaltung weiterhin vollinhaltlich darzustellen ist.

Es wird abzuwarten sein, wie sich der neue Dualismus aus Bundeseigenverwaltung und Auftragsverwaltung bewähren wird. Es ist zu wünschen, dass diesem Jahrhundertprojekt die nötige Fortune beschieden ist.

In Deutschland werden auch weiterhin hervorragende Bundesfernstraßen benötigt: Dass in Deutschland der Verkehr weiter ansteigen wird, zeigt insbesondere der Schlussbericht der Verkehrsverflechtungsprognose 2030 vom 24.11.2014, der vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur veröffentlicht worden ist und die wichtigste Planungsunterlage für den neuen Bundesverkehrswegeplan ist. Diese Untersuchung zeigt den weiteren Anstieg der Zahlen im landgebundenen Personenverkehr; darin heißt es auf S. 3 (<https://www.forschungsinformationssystem.de/servlet/is/432739/?command=download-Content&filename=verkehrsverflechtungsprognose-2030-schlussbericht-los-3.pdf>): „Im gesamten Personenverkehr (einschließlich der nichtmotorisierten Fahrten) wächst das Verkehrsaufkommen zwischen 2010 und 2030 von 101,8 Mrd. auf 103,0 Mrd. Fahrten oder um 1,2% (...). Der motorisierte Verkehr nimmt dabei um 3,8% zu. Die Verkehrsleistung, die wichtigste Kenngröße zur Bestimmung der Verkehrsentwicklung, erhöht sich aufgrund des überproportional wachsenden Fernverkehrs und steigender Fahrtweiten deutlich stärker, nämlich insgesamt von 1.184 Mrd. Pkm in 2010 auf 1.329 Mrd. oder um 12,2%. Bei Betrachtung allein des motorisierten Verkehrs liegt der Zuwachs bei 12,9%, was einem durchschnittlich jährlichen Wachstum von 0,6% p. a. entspricht. Die Hauptgründe für die Zunahme der Mobilität liegen auch künftig im Wirtschaftswachstum und in der Individualmotorisierung. Bei ersterem ist mit jahresdurchschnittlich 1,14% im Prognosezeitraum ein moderateres Wachstum unterstellt worden als bei der vergangenen Bundesprognose (1,7% zwischen 2004 und 2025). Die Veränderung der Altersstruktur wirkt zwar dämpfend auf das Verkehrswachstum, wird aber deutlich überkompensiert durch das Mobilitätswachstum innerhalb der Alters- bzw. Lebenszyklusgruppen, das wiederum von der Einkommensentwicklung abhängt. Im motorisierten Individualverkehr wächst die Fahrtenzahl von 56,5 auf 59,1 Mrd., d. h. um 4,6%. Dessen Dominanz wird sich damit nochmals geringfügig erhöhen, indem sein Anteil am motorisierten Verkehr von 82,7% auf 83,3% wächst. Verantwortlich für die anhaltende Expansion ist neben der Erweiterung des Pkw-Bestands die zunehmende Freizeitmobilität, wobei der Pkw-Verkehr eine überragende Rolle einnimmt. Die Verkehrsleistung steigt aufgrund des überproportionalen Wachstums der längeren Fahrten mit rund 10% stärker als das Aufkommen, und zwar von 902 Mrd. (2010) auf 992 Mrd. Pkm. Da der expandierende Luftverkehr und der ebenfalls zunehmende Bahn-

Vorwort

verkehr an der Leistung einen weit größeren Anteil besitzen als am Aufkommen, nimmt der Anteil des Individualverkehrs hier – im Gegensatz zur Fahrtenzahl – etwas ab, nämlich von 80,8 % auf 78,6 %.“ Ausweislich der Verkehrsverflechtungsprognose 2030 ist auch für den landgebundenen Güterverkehr ein sehr beachtlicher Zuwachs zu erwarten (S. 9): „Der Straßengüterverkehr wächst beim Transportaufkommen von 3,1 Mrd. t im Jahr 2010 auf 3,6 Mrd. t im Jahr 2030, d. h. um 17 %. Die Verkehrsleistung steigt um 39 % von 437 Mrd. tkm auf 607 Mrd. tkm. Von dem gesamten absoluten Wachstum des Güterverkehrs aller Verkehrsträger um 654 Mio. t bzw. 230 Mrd. tkm entfallen damit 80 % (523 Mio. t) bzw. 74 % (170 Mrd. tkm) auf den Straßengüterverkehr“. Die Bundesregierung und der Gesetzgeber haben auf diese wichtigen Erkenntnisse reagiert. Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 ist Bestandteil der Ausbaugesetze und nimmt damit an der Gesetzeskraft teil. Der neue Bundesverkehrswegeplan umfasst rd. 1.000 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 269,6 Milliarden Euro, die sich wie folgt auf die Verkehrsträger aufteilen:

- 132,8 Milliarden Euro für Bundesfernstraßen,
- 112,3 Milliarden Euro für Schienenwege, und
- 24,5 Milliarden Euro für Bundeswasserstraßen.

Folgendes ist sehr wichtig: Erstmals konnten sich Bürgerinnen und Bürger am BVWP beteiligen – von der Grundkonzeption über Projektvorschläge bis zum Entwurf, der sechs Wochen öffentlich auslag. Aus der Perspektive des Straßenrechts ist besonders hervorzuheben, dass die Erhaltung des (weltweit bewunderten) Netzes der Bundesfernstraßen Vorrang vor dem Ausbau respektive Neubau hat. Die Verkehrsverflechtungsprognose 2030 hält für den Naturschutz eine gute Nachricht bereit, sollen doch die CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs sinken (S. 11): „Die CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs, auf den in allen Definitionen der weitaus größte Teil des Gesamtausstoßes aller Verkehrsträger entfällt, nehmen in der Kyoto-Definition zwischen 2010 und 2030 um 23 % ab (...). Der Ausstoß des (dominierenden) Pkw-Verkehrs geht zwar stärker zurück. Dies wird jedoch von dem Anstieg der Emissionen der Güterverkehrsfahrzeuge gedämpft. Verantwortlich für den Gesamtrückgang sind sowohl Reduktionen der spezifischen Verbräuche als auch Verlagerungen zu energieeffizienteren Antriebsarten“.

Straßenrecht ist ohne hinreichende Berücksichtigung des Naturschutzes nicht darstellbar; es ist weiterhin ein besonders wichtiges Anliegen dieses Handbuchs, die vielfältigen Vernetzungen zwischen Straßenrecht und Naturschutzrecht aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auf diejenigen Bemühungen der Europäischen Union aufmerksam zu machen, die den Naturschutz und Artenschutz auf diverse Weisen fördern möchte:

- Das Unionsrecht ist insbesondere von der Thematik einer systematischen Erfassung der Wegekosten und einer gerechten Belastung der Straßennutzer mit diesen Kosten geprägt. Es ist nicht ernsthaft zu bestreiten, dass Straßenbenutzungsgebühren – wie sie auch immer juristisch ausgestaltet sein mögen – das Verkehrsverhalten lenken können, denn was nichts kostet, kann beliebig und ohne Kostenbewusstsein jederzeit genutzt werden. Auf der Ebene der Mitgliedstaaten ist Deutschland in diesem Sektor besonders aktiv gewesen und hat eine Infrastrukturabgabe eingeführt. Das Infrastrukturabgabengesetz ist jedoch am 18.6.2019 vor dem EuGH in einem Vertragsverletzungsverfahren gescheitert.
- Die Erhöhung der Elektromobilität ist erklärtes Ziel der Europäischen Union und der amtierenden Bundesregierung; wichtige Schritte hierfür sind eingeleitet, etwa zur Privilegierung von Parkflächen für sog. Elektroautos. Der sog. Dieselgate – das soll hier nicht verschwiegen werden – hat Deutschland stark zurückgeworfen, die Diskussion über verfügte und zu erwartende Fahrverbote wird intensiv geführt.
- Das deutsche Planfeststellungsrecht ist stark vom EU-Richtlinienrecht zum Schutz der Natur geprägt. Das Planfeststellungsrecht garantiert, dass der Naturschutz die ihm gebührende Berücksichtigung bei der Straßenplanung findet. Das Planfeststellungsrecht und das zugehörige Naturschutzrecht sind daher weiterhin ein Schwerpunkt dieses Handbuchs: Die Entwicklungsgeschichte, die Strukturen und auch die Perspektiven des Planfest-

stellungsrechtes sind ausführlich dargestellt: Das „Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren (PIVereinHG)“ vom 31.5.2013 (BGBl. 2013 I 1388), das insbesondere auch für eine verbesserte Bürgerbeteiligung sorgen soll, hat das Planungsrecht für Bundesfernstraßenprojekte erneut geändert. Das Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich vom 29.11.2018 (BGBl. 2018 I S. 2237) enthält eine weitere Reform des Planungsverfahrens. Das Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich vom 3.3.2020 (BGBl. 2020 I S. 443) hat zur Einfügung eines § 3a FStrG in das Bundesfernstraßengesetz geführt und definiert im neu gefassten § 17 Abs. 1 Satz 1 FStrG, was planungsrechtlich unter einer Änderung einer Bundesfernstraße zu verstehen ist.

Allen Straßenbauern ist es wichtig, dass die Instrumente, die das Planungsrecht zum Schutz der Natur bereitstellt, vollinhaltlich zur Anwendung kommen; die Thematik „Klimakatastrophe“ wird auch in diesem Sektor sehr ernst genommen.

Die Corona-Krise hat im Jahr 2020 das Leben der Menschen auf diesem Globus massiv verändert. Wäre der Anlass nicht ein so bedrohlicher, dann wäre Freude darüber angezeigt, dass Umwelt und Natur eine sehr beachtliche Auszeit von den Einwirkungen des motorisierten Straßenverkehrs gewährt worden ist. Da die Corona-Krise sehr große negative Auswirkungen auf die Wirtschaft erwarten lässt, haben die Europäische Union, der Bund, die Länder und die Kommunen große finanzielle Anstrengungen übernommen, um diese negativen Auswirkungen wenigstens abzufedern. Wie sich dies auf die öffentlichen Haushalte hinsichtlich der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben auswirken wird, bleibt einstweilen abzuwarten. Der ADAC hat kürzlich ganz zu Recht auf die corona-bedingten Lkw-Mautausfälle aufmerksam gemacht und an die Verantwortlichen in der Politik appelliert, dass diese Ausfälle nicht zu einer Maßnahmenreduzierung führen dürfen.

Wer sich heutzutage sehenden Auges durch Straßen begibt, bemerkt sogleich, dass der Straßenverkehr eine digitale Revolution durchmacht, die tiefgreifender kaum sein könnte: Menschen starren beim Gehen (oder auch beim Radfahren oder gar beim Autofahren) mitunter so intensiv auf ihr Smartphone, dass es schwerfällt, sie noch als Verkehrsteilnehmer/innen am realen Straßenverkehr zu bezeichnen, ist ihnen doch die Teilnahme am Datenverkehr in der virtuellen Welt ganz offenbar wesentlich wichtiger. Es ist keine Frage, dass Straßenrecht und Straßenverkehrsrecht hier gefordert sind, denn diese Entwicklung sollte so nicht gleichsam ungebremst weitergehen. Dabei sollte aber auch klar sein, dass technischer Fortschritt – und dafür steht in besonderer Weise auch die multifunktionale Nutzung von Smartphones – sich nicht aufhalten lässt, sondern die Rechtsordnung auf Neuerungen eine angemessene Lösung finden muss. Eine wichtige organisatorische Maßnahme, die eine Reaktion auf den technischen Fortschritt ist, ist die Tatsache, dass das für Verkehr zuständige Bundesministerium inzwischen auch für digitale Infrastruktur zuständig ist; das sog. autonome Fahren ist insoweit eine besonders große Herausforderung.

Die konkrete Nutzung der neu gebauten und auch der vorhandenen Straßen bildet einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt dieses Handbuches: Komplett neu gestaltet worden sind folgende Kapitel:

- Straßenbaulast.
- Die gesetzlichen Träger der Straßenbaulast.
- Straßensonderbaulast.
- Lastenausgleich zwischen Baulastträgern und Ausgleichsansprüche gegen Dritte.
- Die finanziellen Mittel zur Erfüllung der Straßenbaulast.
- Der Gemeingebrauch.
- Der Anliegergebrauch (einschließlich Zufahrtsrecht).
- Die Sondernutzung.

Vorwort

Damit wird auf folgende Entwicklungslinien reagiert:

- Es ist das Bemühen jedenfalls im Bundesfernstraßenbereich zu erkennen, die Finanzierung des Straßenbaus möglichst auf Nutzerfinanzierung umzustellen.
- Gemeindegebrauch, Anliegergebrauch und Sondernutzung betreffen auch Gebiete, die einem sehr dynamischen Wandel in der Gesellschaft unterworfen sind; die mitunter sehr kasuistische Rechtsprechung ist hier sehr wichtig und ist intensiv eingefangen und kommentiert.

Für die Unterstützung bei den vorbereitenden Arbeiten dieser Auflage ist folgenden Einrichtungen und Persönlichkeiten aus dem Straßenbausektor und dem Energiesektor zu danken:

- Der Deutschen Autobahn-Gesellschaft GmbH, insbesondere dem Vorsitzenden der Geschäftsführung Stephan Krenz.
- Der DEGES, insbesondere dem kaufmännisch-juristischen Geschäftsführer Bodo Baumbach.
- Dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes, insbesondere dem Leiter der Landesinitiative Energieinnovation Saar (LIESA) Nicola Saccà.
- Abteilungspräsident a. D. Konrad Bauer, der am Kodal jahrzehntelang verdienstvoll mitgewirkt hat und auch diese Neuauflage mit sehr guten Ratschlägen begleitet hat.

Es ist eine große Ehre an folgende Persönlichkeiten zu erinnern, die zwischenzeitlich verstorben sind; diese sind dem vorliegenden Handbuch bis zu ihrem Tod verbunden gewesen:

- Helmut Krämer († 2015) hat als Herausgeber und Autor das Werk über Jahrzehnte wesentlich mitbestimmt. Er hat als hochrangiger Fachbeamter den Einigungsvertrag im Straßenrechtssektor aktiv mitgestaltet und danach die Grenzbrückenverhandlungen mit den Anrainerstaaten geleitet.
- Dr. jur. Manfred Aust († 2015) hat über Jahrzehnte zu den bundesweit bekannten Experten des Entschädigungsrechts gehört und dieses Rechtsgebiet im ‚Kodal‘ kommentiert.
- Edgar Neutzer († 2015) hat zu den profiliertesten Vertretern des Straßenrechts in den Bundesländern gehört und hat auch die Landesperspektive in den ‚Kodal‘ eingebracht.
- Helmut Kempfer († 2015) hat im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands das Leitungsrecht maßgeblich mitbestimmt und das zugehörige Wissen in den ‚Kodal‘ eingebracht.
- Siegfried Rinke ist im Jahr 2013 verstorben; der Tod hat ihn im aktiven Berufsleben ereilt. Er hat über lange Zeit am Kodal mitgewirkt und insbesondere die seinerzeitigen europarechtlichen Einflüsse auf das deutsche Straßenrecht in den ‚Kodal‘ eingearbeitet.

Allen Nutzerinnen und Nutzern dieses Handbuchs sei eine gute Lektüre gewünscht. Sofern Anregungen bestehen sollten, wird um Nachricht an folgende Mailadresse gebeten und hierfür bereits vorab gedankt: franz-rudolf.herber@t-online.de.

Im Herbst 2020

Der Herausgeber
Franz-Rudolf Herber

Inhaltsübersicht

Erster Teil. Das Rechtsgebiet Straßenrecht – Begriff, Rechtsquellen und Abgrenzung zu verwandten Rechtsgebieten

Schrifttum	1
1. Kapitel. Rechtsquellen und Strukturen des deutschen Straßenrechts	15
2. Kapitel. Unionsrechtliches Straßenrecht	153
3. Kapitel. Abgrenzung des Straßenrechts zu verwandten Rechtsgebieten	233

Zweiter Teil. Die Straße

Schrifttum	273
4. Kapitel. Öffentliche Straßen und Privatstraßen	277
5. Kapitel. Die öffentliche Straße als öffentliche Sache – öffentliche Sachherrschaft und private Sachherrschaft	315
6. Kapitel. Die Bestandteile der Straße	335
7. Kapitel. Widmung	369
8. Kapitel. Einteilung und Einstufung der öffentlichen Straßen	407
9. Kapitel. Umstufung	451
10. Kapitel. Einziehung	479
11. Kapitel. Straßenverzeichnisse, Straßenstatistik, Straßennamen und Straßennummern	515

Dritter Teil. Straßenbaulast und Straßenaufsicht

Schrifttum	551
12. Kapitel. Straßenbaulast	555
13. Kapitel. Die gesetzlichen Straßenbaulastträger	615
14. Kapitel. Lastenausgleich zwischen Baulastträgern; Ausgleichsansprüche gegen Dritte	655
15. Kapitel. Sonderbaulasten	701
16. Kapitel. Finanzielle Mittel zur Erfüllung der Straßenbaulast	739
17. Kapitel. Straßenaufsicht	809

Vierter Teil. Verkehrswegekreuzungen und ähnliche Gemeinschaftsverhältnisse

Schrifttum	817
18. Kapitel. Verkehrswegekreuzungen	819
19. Kapitel. Straßenkreuzungen und Straßeneinmündungen	837
20. Kapitel. Eisenbahnkreuzungen	853
21. Kapitel. Kreuzungen mit Bundeswasserstraßen	883
22. Kapitel. Gewässerkreuzungen	891
23. Kapitel. Gemeinschaftsstrecken (Umleitungen)	897

Fünfter Teil. Die straßenrechtlichen Nutzungsarten

Schrifttum	903
24. Kapitel. Der Gemeingebrauch	913
25. Kapitel. Der Anliegergebrauch	995
26. Kapitel. Die öffentlich-rechtliche Sondernutzung	1089
27. Kapitel. Der Straßensondergebrauch auf außerstraßenrechtlicher Grundlage	1181

Inhaltsübersicht

Sechster Teil. Eigentumsbeschränkungen des öffentlichen Straßennachbarrechts	
Schrifttum	1237
28. Kapitel. Anbau an Verkehrsstraßen	1237
29. Kapitel. Außenwerbung auf den Nachbargrundstücken	1275
30. Kapitel. Besondere Pflichten der Straßennachbarn	1287
Siebter Teil. Straßenplanung	
Schrifttum	1295
31. Kapitel. Die Straßenplanung im System der öffentlichen Planungen	1303
32. Kapitel. Belange des Umweltschutzes bei der Planung von Straßen	1321
33. Kapitel. Rahmenplanung für das überörtliche Straßennetz	1421
34. Kapitel. Vorbereitende überörtliche Straßenplanung	1451
35. Kapitel. Verbindliche überörtliche Straßenplanung – Die Planfeststellung ..	1479
36. Kapitel. Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren	1577
37. Kapitel. Örtliche Straßenplanung	1633
Achter Teil. Grunderwerb, Bau und Unterhaltung, Betrieb und Verkehr	
Schrifttum	1661
38. Kapitel. Enteignung, vorzeitige Besitzeinweisung, Vorarbeiten	1667
39. Kapitel. Flurbereinigung und Umlegung	1693
40. Kapitel. Bau, Unterhaltung, Verkehr	1705
41. Kapitel. Straßenverkehrssicherungspflicht und Staatshaftung	1749
42. Kapitel. Straßenreinigung und Straßenbeleuchtung, sowie zum Neben- betriebsrecht an Bundesautobahnen	1873
43. Kapitel. Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen	1927
Anhang	1959
Sachverzeichnis	1983

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil. Das Rechtsgebiet Straßenrecht – Begriff, Rechtsquellen und Abgrenzung zu verwandten Rechtsgebieten

Schrifttum	1
1. Kapitel. Rechtsquellen und Strukturen des deutschen Straßenrechts	15
Teil A. Verfassungsrecht	17
I. Staatsstrukturierende Verfassungsgrundsätze	17
II. Grundrechte	23
III. Aufteilung der Gesetzgebungskompetenzen für das Straßenwesen ..	28
IV. Der Weg zur Reform: Reformvorschläge zur Abschaffung respektive Modifizierung der Bundesauftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen	33
V. Paradigmenwechsel für die Bundesauftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen hin zur Bundeseigenverwaltung	41
VI. Zur Auftragsverwaltung für die Bundesstraßen	93
VII. Aufteilung der Straßenbauaufgaben zwischen Staat und Kommunen	120
VIII. Straßenbauaufgaben der Länder	126
Teil B. Einfaches Recht	127
I. Bundesfernstraßenrecht	127
II. Landesstraßenrecht	142
III. Rechtsverordnungen	143
IV. Örtliche Vorschriften	146
V. Gewohnheitsrecht	147
Annex zu Teil B: Völkerrechtliche Vereinbarungen im Straßenwesen, die in innerstaatliches Recht umgesetzt sind	149
2. Kapitel. Unionsrechtliches Straßenrecht	153
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	157
II. Zur Strategie Verkehr 2050 der Europäischen Union	173
III. Zur Road Safety	177
IV. Zu dem transeuropäischen Straßennetz	182
V. Zu Maut- und Benutzungsgebühren auf Straßen in der Europäischen Union	187
VI. Zur Kompatibilität von Mautsystemen in der Europäischen Union ..	196
VII. Vergaberecht	201
VIII. Zu Diesel-Fahrverboten	208
IX. Umweltrecht	230
3. Kapitel. Abgrenzung des Straßenrechts zu verwandten Rechtsgebieten	233
I. Notwendigkeit zur Abgrenzung zu verwandten Rechtsgebieten	234
II. Abgrenzung zum Straßenverkehrsrecht	237
III. Straßenverkehrssicherungspflicht und Staatshaftung	271
IV. Verkehrswegekrenzungen	271
V. Abgrenzung zum Kraftfahrzeugwesen und verwandten Bereichen ..	272
VI. Sonstiges: Auto-Kennzeichen „HH 1933“ darf eingezogen werden ..	272

Inhaltsverzeichnis

Zweiter Teil. Die Straße

Schrifttum	273
4. Kapitel. Öffentliche Straßen und Privatstraßen	277
I. Begrifflichkeiten	278
II. Öffentliche Straßen im Sinne des Straßenrechts	279
III. Privatstraßen	284
IV. Tatsächlich-öffentliche Straßen im Sinne des Straßenverkehrsrechts	300
V. Straßeneinrichtungen mit öffentlicher Zweckbestimmung außerhalb des Straßenwesens	303
VI. Furten und Fähren	312
5. Kapitel. Die öffentliche Straße als öffentliche Sache – öffentliche Sachherrschaft und private Sachherrschaft	315
I. Die öffentliche Straße als öffentliche Sache	316
II. Zu den Strukturen der öffentlich-rechtlichen Sachherrschaft	318
III. Private Sachherrschaft und modifiziertes Privateigentum	320
IV. Eigentumserwerb für die öffentliche Zweckbestimmung	323
V. Würdigung der Kritik	330
6. Kapitel. Die Bestandteile der Straße	335
I. Bürgerlich-rechtlicher und öffentlich-rechtlicher Sachbegriff	336
II. Der Straßenkörper	339
III. Kunstbauten	346
IV. Verkehrsanlagen	350
V. Der Luftraum über dem Straßenkörper	358
VI. Das Zubehör	359
VII. Nebenanlagen	363
VIII. Nebenbetriebe	365
IX. Abgrenzung bei Berührung und Überschneidung mit anderen Anlagen	365
X. Zum Leitfaden Baustellenmanagement und Bauzeitenkatalog	368
7. Kapitel. Widmung	369
I. Begriff und Wirkung	370
II. Zu den materiell-rechtlichen Voraussetzungen der Widmung	376
III. Widmungsverfahren	380
IV. Rechtsschutz	397
8. Kapitel. Einteilung und Einstufung der öffentlichen Straßen	407
I. Einteilungssystematik und Einstufungsmerkmale	408
II. Zu Straßen des überörtlichen Verkehr	421
III. Straßen des örtlichen Verkehrs	431
IV. Einteilungen außerhalb des Straßenrechts	447
9. Kapitel. Umstufung	451
I. Wesen, Wirkungen und Voraussetzungen der Umstufung	452
II. Umstufungsarten	464
III. Rechtsschutz	467
IV. Die Umstufung und ihre verfassungsrechtliche Bedeutung	471
10. Kapitel. Einziehung	479
Teil A. Volleinziehung	480
I. Wesen, Inhalt und Wirkungen der Volleinziehung	480
II. Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Volleinziehung	482
III. Das Einziehungsverfahren	488
IV. Rechtsschutz	491

Inhaltsverzeichnis

Teil B. Teileinziehung	500
V. Wesen, Inhalt und Wirkung der Teileinziehung	500
VI. Die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für die Teileinziehung ..	507
VII. Verfahren der Teileinziehung	507
VIII. Rechtsschutz	509
11. Kapitel. Straßenverzeichnisse, Straßenstatistik, Straßennamen und Straßen-	
nummern	515
I. Straßenverzeichnisse	516
II. Straßenkataster	528
III. Straßenstatistik	530
IV. Nummerierung und Benennung der Bundesfernstraßen, der	
Landesstraßen und Kreisstraßen	534
V. Straßennamen und Hausnummerierung im gemeindlichen Bereich	536
VI. Zur Straßenbenennung	539
VII. Zur Nummerierung der Grundstücke	545
Dritter Teil. Straßenbaulast und Straßenaufsicht	
Schrifttum	551
12. Kapitel. Straßenbaulast	555
I. Wesen der Straßenbaulast	557
II. Pflichten der Straßenbaulastträger	569
III. Zu Gestaltungsmöglichkeiten des Straßenbaulastträgers	575
IV. Die Straßenbaulast bedient ein regelmäßiges Verkehrsbedürfnis	576
V. Schranken für die Straßenbaulast	590
VI. Ansprüche im Verhältnis des Straßenbaulastträgers gegen Dritte und	
vice versa	600
VII. Sonderfallkonstellationen	610
13. Kapitel. Die gesetzlichen Straßenbaulastträger	615
I. Zur Zuordnung der Straßenbaulast	616
II. Ortsdurchfahrten	620
III. Zum Ortsumgehungsrecht	641
IV. Zum Wechsel des Straßenbaulastträgers	648
14. Kapitel. Lastenausgleich zwischen Baulastträgern; Ausgleichsansprüche gegen	
Dritte	655
I. Problematik	657
II. Ansprüche des betroffenen Straßenbaulastträgers im Hinblick auf die	
Notwendigkeit für die Herstellung von Ersatzstraßen und	
Ersatzwegen	658
III. Zum Lastenausgleich zwischen Baulastträgern nach Umleitungsrecht	
und zum Erstattungsanspruch des Straßenbaulastträgers, dessen Straße	
als Umleitung in Anspruch genommen wird	664
IV. Aufwendungsersatzanspruch für den Straßenbaulastträger einer	
Gemeindestraße, die ausschließlich oder überwiegend dem	
Verkehrsbedürfnis einer anderer Gemeinde dient	675
V. Erstattungsansprüche nach Kreuzungsrecht via Ablösungsbeträge-	
Berechnungsverordnung – ABBV	676
VI. Zum Erstattungsansprüche des neuen Straßenbaulastträgers gegen	
den bisherigen Straßenbaulastträger aus Funktionsnachfolge	678
VII. Zum Erstattungsanspruch aus der subsidiären Baulast	679
VIII. Zum Mehrkostenerstattungsanspruch nach § 7a S. 1 FStrG und dem	
entsprechenden Landesrecht mit Rücksicht auf eine aufwändigere	
Herstellung oder Ausbau einer Straße	679

Inhaltsverzeichnis

IX. Zum Anspruch des Straßenbaulastträgers gegen den Sondernutzer ..	683
X. Zum besonderen Kostenbeitragsanspruch für die Straßenunterhaltung	683
XI. Zum Erstattungsanspruch aus Geschäftsführung ohne Auftrag bei Wahrnehmung von Fremdaufgaben	684
XII. Zum Telekommunikationsgesetz (TKG)	685
XIII. Zum Bundesberggesetz	686
XIV. Zum Bundesleistungsgesetz	695
15. Kapitel. Sonderbaulasten	701
I. Einführung	702
II. Zu den Spezifika von Sonderbaulasten	710
III. Zur Sonderbaulast nach gesetzlichen Regelungen	716
IV. Auflagen im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens	721
V. Flurbereinigungsplan	722
VI. Sonderbaulast aufgrund einer Satzung, die auf dem einschlägigen Straßengesetz beruht	722
VII. Öffentlich-rechtliche Verträge zur Vereinbarung von Sonderbaulasten	724
VIII. Staatsverträge zwischen Anrainer-Bundesländern über Bundesfernstraßen	736
16. Kapitel. Finanzielle Mittel zur Erfüllung der Straßenbaulast	739
I. Zum Finanzbedarf von Bund, Ländern und Gemeinden	741
II. Grundstrukturen der öffentlichen Straßenbaufinanzierung	742
III. Zu den Deckungsmitteln	745
IV. Privatfinanzierung und Privatisierung	761
V. Bundesfernstraßenmautgesetz	787
17. Kapitel. Straßenaufsicht	809
I. Terminologie	809
II. Anwendungsbereich der Straßenaufsicht	810
III. Gegenstand der Straßenaufsicht	810
IV. Rechtsaufsicht und Fachaufsicht	812
V. Zum straßenaufsichtsrechtlichen Einschreiten	813
 Vierter Teil. Verkehrswegekreuzungen und ähnliche Gemeinschaftsverhältnisse	
Schrifttum	817
18. Kapitel. Verkehrswegekreuzungen	819
I. Grundlagen des Kreuzungsrechts	819
II. Beteiligte an einem Kreuzungsrechtsverhältnis	822
III. Gemeinschaftsrechtsverhältnis	824
IV. Vereinbarungsgrundsatz	824
V. Duldung	825
VI. Materielle Bauvorschriften	825
VII. Aufsicht	826
VIII. Kostenlast	826
IX. Kostenteilungsprinzipien	829
X. Kostenmasse	831
XI. Durchführung von Kreuzungsbaumaßnahmen	834
XII. Verteilung der Unterhaltungslast und der Unterhaltungskosten	834
XIII. Wiederherstellungspflicht	835
XIV. Sachenrechtliche Zugehörigkeit der Kreuzungsanlage	835

Inhaltsverzeichnis

19. Kapitel. Straßenkreuzungen und Straßeneinmündungen	837
I. Einführung in das Straßenkreuzungsrecht	838
II. Bau neuer Kreuzungen und Einmündungen	841
III. Änderungen und Ergänzungen	844
IV. Unterhaltung	848
20. Kapitel. Eisenbahnkreuzungen	853
I. Geltungsbereich des Eisenbahnkreuzungsgesetz	854
II. Materiell-rechtliche Bauvorschriften	858
III. Duldungspflicht	858
IV. Neue Kreuzungen	860
V. Änderungen und Verbesserungen bestehender Kreuzungen	862
VI. Kostenmasse	866
VII. Durchführung von Kreuzungsbaumaßnahmen	869
VIII. Erhaltung und Betrieb	874
IX. Einziehung der Straße und Betriebseinstellung der Eisenbahn	879
21. Kapitel. Kreuzungen mit Bundeswasserstraßen	883
I. Frühere Rechtslage	883
II. Geltungsbereich und Terminologie des Bundeswasserstraßengesetzes	884
III. Neue Kreuzungen	886
IV. Änderung bestehender Kreuzungen	887
V. Unterhaltung	888
22. Kapitel. Gewässerkreuzungen	891
I. Rechtsgrundlagen	891
II. Terminologie	892
III. Verwaltungsverfahren	893
IV. Neue Kreuzungen	893
V. Änderung von Kreuzungen	894
VI. Unterhaltung	895
23. Kapitel. Gemeinschaftsstrecken (Umleitungen)	897
I. Einleitung	897
II. Zur Anordnung einer Verkehrsumleitung	897
III. Abstimmungsverfahren	898
IV. Duldungspflicht anderer Straßenbaulastträger	899
V. Ausgleichspflicht	899
VI. Anschluss von Neubaustrecken	901
VII. Rechte Dritter	901
Fünfter Teil. Die straßenrechtlichen Nutzungsarten	
Schrifttum	903
24. Kapitel. Der Gemeingebrauch	913
I. Zu den Rechtsgrundlagen und zur Verkehrsterminologie	914
II. Typizitäten des Gemeingebrauchs	925
III. Zu Abgrenzungen des Gemeingebrauchs und zur Rechtsnatur des Gemeingebrauchs	932
IV. Verkehr auf Flächen besonderer Zweckbestimmung	953
V. Öffentlicher Personennahverkehr und gewerblicher Verkehr	966
VI. Militärischer Straßenverkehr	975
VII. Annex: Zu Sonderrechten im Straßenverkehr	978
VIII. Typische Fallgruppen des Gemeingebrauchs aus dem Alltagsleben	982
25. Kapitel. Der Anliegergebrauch	995
I. Zum „Kreuz“ mit den Anliegern	998
II. Zu Parametern für Anliegerstellung	1018

Inhaltsverzeichnis

III. Zuwegungsrecht – Zugangsrecht und Zufahrtsrecht	1024
IV. Zur Mitbenutzung des Straßengrundstücks durch Straßennutzer	1071
V. Zum Rechtsschutz der Anlieger – insbes. gegen Baumaßnahmen	1078
VI. Anlieger und Werbung	1083
VII. Zutritt von Licht und Luft	1085
26. Kapitel. Die öffentlich-rechtliche Sondernutzung	1089
I. Terminologie und Grundlagen	1092
II. Sondernutzungsrecht und Versammlungsrecht	1135
III. Wahlkampfaktivitäten	1142
IV. Verkaufsvorgänge	1148
V. Zur gewerblichen Fahrzeugnutzung im Straßenraum	1152
VI. Serviceeinrichtungen für Kfz und Lkw	1158
VII. Zur Gebäudenutzung mit Einwirkungen auf Straßen	1161
VIII. Gastronomieeinrichtungen nutzen Straßen	1165
IX. Werbemaßnahmen	1167
X. Altkleidercontainer auf Straßengrund	1171
XI. Sonstiges	1175
XII. Schlussfolgerungen für das Verwaltungsmanagement	1178
27. Kapitel. Der Straßensondergebrauch auf außerstraßenrechtlicher Grundlage ..	1181
Vorbemerkung	1183
A. Straßensondergebrauch auf bürgerlich-rechtlicher Grundlage	1183
I. Zur Rechtseinräumung nach Bürgerlichem Recht	1183
II. Leitungen	1187
III. Hinweisschilder	1216
B. Telekommunikationslinien	1217
I. Straßenrechtliche Vorschriften des TKG	1217
II. Öffentlich-rechtliche Wegenutzung	1218
III. Mitnutzung der passiven Netzinfrastruktur	1228
C. Schienen- und leitungsgebundene Verkehrseinrichtungen im Straßenraum	1231
I. Verfahren	1231
II. Beeinträchtigung des Gemeingebrauchs und Straßenbenutzungsentgelt	1233
III. Folgepflicht und Folgenkostenlast	1234
IV. Entscheidung bei fehlender Einigung	1234
Sechster Teil. Eigentumsbeschränkungen des öffentlichen Straßennachbarrechts	
Schrifttum	1237
28. Kapitel. Anbau an Verkehrsstraßen	1237
I. Einführung	1239
II. Schutz der öffentlichen Verkehrswege	1240
III. Schutz vor den Auswirkungen des Verkehrs	1242
IV. Baurechtliche Anbaubeschränkungen	1243
V. Bauordnungsrecht	1250
VI. Straßenrechtliche Anbaubeschränkungen	1252
29. Kapitel. Außenwerbung auf den Nachbargrundstücken	1275
I. Grundlagen	1275
II. Baurechtliche Beschränkungen	1277
III. Straßenverkehrsrechtliche Beschränkungen	1280
IV. Straßenrechtliche Beschränkungen	1280

Inhaltsverzeichnis

30. Kapitel. Besondere Pflichten der Straßennachbarn	1287
I. Duldung und Erhaltung von Schutzwaldungen	1287
II. Duldung von Schutzeinrichtungen	1291
III. Unterlassungspflichten	1292
IV. Duldungspflicht im Interesse der Unterhaltung	1294
Siebter Teil. Straßenplanung	
Schrifttum	1295
31. Kapitel. Die Straßenplanung im System der öffentlichen Planungen	1303
I. Zum Begriff der Planung	1303
II. Arten der öffentlichen Planung	1308
III. Planungsstufen	1314
IV. Planung im Spannungsverhältnis zwischen Gestaltungsfreiheit und rechtlicher Bindung	1316
32. Kapitel. Belange des Umweltschutzes bei der Planung von Straßen	1321
Vorbemerkung	1324
A. Strategische Umweltprüfung (SUP)	1325
I. Historie und Ziele der SUP	1325
II. Verhältnis von SUP-RL und UVP-Richtlinie	1326
III. Anwendungsbereich der SUP	1326
IV. Umsetzung der SUP-RL	1327
V. Verfahrensschritte der SUP	1330
B. Umweltverträglichkeitsprüfung	1334
I. UVP-RL	1334
II. Umsetzung der UVP-RL	1338
III. Projekt UVP bei Linienbestimmungsverfahren	1348
IV. Projekt-UVP in der Planfeststellung	1351
C. Eingriffsregelung nach dem BNatSchG	1352
I. Gesetzgebungskompetenz	1353
II. Eingriffsregelung	1353
D. NATURA 2000	1360
I. FFH-RL	1361
II. Verträglichkeitsprüfung	1362
III. Ausnahmeregelung	1365
IV. Vogelschutz-Richtlinie	1367
V. Verträglichkeitsprüfung bei Linienbestimmungsverfahren	1368
VI. Prüfpflicht trotz bestandskräftiger Zulassungsentscheidung	1368
E. Artenschutz	1369
I. Allgemeiner Artenschutz	1369
II. Besonderer Artenschutz	1369
F. Schutz bestimmter Teile von Natur und Landschaft, Biotopschutz	1374
I. Natur- und Landschaftsschutz	1374
II. Biotopschutz	1375
III. Biotopverbund	1376
G. Verkehrslärm	1376
I. Rechtsgrundlagen	1376
II. Lärmschutz durch Planung (§ 50 BImSchG)	1377
III. Lärmvorsorge	1380
IV. Lärmsanierung	1392
V. Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm	1393

Inhaltsverzeichnis

H. Luftreinhaltung	1395
I. Europarechtliche Grundlagen	1395
II. Umsetzung der Richtlinien in nationales Recht	1400
I. Bodenschutz	1408
I. Bodenfunktionen	1409
II. Bodenschutzrecht	1409
III. Vorsorge- und Gefahrenabwehrmaßnahmen	1410
IV. Bodenschutz in der Straßenplanung	1410
J. Wald	1410
I. Begriff	1411
II. Schutz des Waldes in der Straßenplanung	1411
K. Wasser	1412
I. Rechtsgrundlagen	1413
II. Gewässerausbau	1417
III. Gewässerbenutzung	1417
33. Kapitel. Rahmenplanung für das überörtliche Straßennetz	1421
A. Allgemeines	1422
I. Hintergrund der Bundesverkehrswegeplanung	1422
II. Ausbaugesetze und Bedarfspläne	1426
III. Ausbaupläne, Finanzierung	1430
B. Materiell-rechtliche Anforderungen an Verkehrswegeplanung	1430
I. Verfassungsrechtliche Anforderungen	1431
II. Einfachgesetzliche Anforderungen	1432
C. Formelle Anforderungen an Verkehrswegeplanung	1441
I. Gesetzgebungskompetenz und Zuständigkeiten	1441
II. SUP-Pflichtigkeit der Verkehrswegeplanung	1443
D. Rechtswirkungen	1446
I. Bindungswirkung des Bedarfsplans gegenüber der Verwaltung und den Gerichten	1446
II. Bindungswirkung für die nachfolgenden Planungsstufen	1447
III. Bindungswirkung für die Landesraumordnung	1447
IV. Pflichten der Behörden	1448
V. Pflichten Dritter	1448
VI. Rechten Dritter und zum Rechtsschutz	1448
34. Kapitel. Vorbereitende überörtliche Straßenplanung	1451
I. Bestimmung der Linienführung und Streckencharakteristik	1452
II. Zur Festlegung von Planungsgebieten	1468
III. Zur Bürgerbeteiligung in der Planung	1476
35. Kapitel. Verbindliche überörtliche Straßenplanung – Die Planfeststellung	1479
I. Wesen und Bedeutung der Planfeststellung	1482
II. Gegenstand, Umfang und Zeitpunkt der Planfeststellung	1490
III. Erforderlichkeit der Planfeststellung	1496
IV. Der Planfeststellungsbeschluss	1505
V. Rechtswirkungen	1515
VI. Planerische Gestaltungsfreiheit	1528
VII. Verhältnis zu einzelnen Rechtsbereichen	1556
36. Kapitel. Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren	1577
I. Vorbereitung der Planfeststellung und Anhörungsverfahren	1579
II. Beschlussverfahren	1595
III. Anschlussverfahren	1603
IV. Akzessorische Veränderungssperre	1612
V. Rechtsschutz	1615
VI. Plangenehmigung	1629

Inhaltsverzeichnis

37. Kapitel. Örtliche Straßenplanung	1633
I. Bauleitplanung	1634
II. Der Flächennutzungsplan	1641
III. Der Bebauungsplan	1646
IV. Gemeindliche Entwicklungsplanung	1657
Achter Teil. Grunderwerb, Bau und Unterhaltung, Betrieb und Verkehr	
Schrifttum	1661
38. Kapitel. Enteignung, vorzeitige Besitzeinweisung, Vorarbeiten	1667
I. Eigentumsschutz	1668
II. Die Enteignung nach dem Baugesetzbuch	1673
III. Enteignung nach den Landesenteignungsgesetzen iVm den Straßengesetzen	1676
IV. Enteignungsentschädigung	1682
V. Vorzeitige Besitzeinweisung	1685
VI. Vorarbeiten	1690
39. Kapitel. Flurbereinigung und Umlegung	1693
I. Das allgemeine Flurbereinigungsverfahren	1693
II. Unternehmensflurbereinigungsverfahren	1697
III. Umlegung	1702
40. Kapitel. Bau, Unterhaltung, Verkehr	1705
I. Anforderungen an Sicherheit und Ordnung	1706
II. Zu den Anforderungen an den Nachbarschutz	1732
III. Zu Sonderrechten der Straßenfahrzeuge	1743
IV. Bodenfunde	1744
V. Schutz der öffentlichen Straßen	1746
41. Kapitel. Straßenverkehrssicherungspflicht und Staatshaftung	1749
I. Privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Straßenverkehrssicherungspflicht	1754
II. Straßenverkehrssicherungspflicht und Straßenbaulast	1759
III. Träger der Straßenverkehrssicherungspflicht	1761
IV. Typisierende Merkmale der Straßenverkehrssicherungspflicht	1768
V. Haftung bei Verletzung der Straßenverkehrssicherungspflicht	1775
VI. Fallgruppen zur Verletzung der Straßenverkehrssicherungspflicht ...	1781
VII. Straßenverkehrssicherungspflicht und Winterdienst	1830
VIII. Straßenverkehrssicherungspflicht und Straßenverkehrsregelungspflicht	1850
IX. Fallkonstellationen im Zusammenhang mit der Straßenverkehrssicherungspflicht	1856
X. Zum Schadensausgleich bei Straßenschäden	1863
XI. Zum Beweisrecht in Amtshaftungsverfahren	1864
XII. Zum Verwaltungsmanagement	1867
42. Kapitel. Straßenreinigung und Straßenbeleuchtung, sowie zum Neben- betriebsrecht an Bundesautobahnen	1873
I. Zur Straßenreinigung	1874
II. Zur Straßenbeleuchtung	1904
III. Zu Nebenbetrieben und Nebenanlagen an Bundesautobahnen	1915
43. Kapitel. Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen	1927
I. Zu den Rechtsgrundlagen und zur Fachterminologie	1928
II. Anordnung von VZ und VE	1930
III. Vollzug straßenverkehrsrechtlicher Anordnungen	1944
IV. Kostentragung	1946

Inhaltsverzeichnis

V. Rechtsschutz bei Erlass und Nichterlass straßenverkehrsrechtlicher Anordnungen	1948
VI. Bußgeld- und Strafverfahren	1955
Anhang	
I. Bundesfernstraßengesetz (FStrG)	1959
II. Verzeichnis der Straßen- und Wegegesetze der Länder	1979
III. Verzeichnis der straßenrechtsbezogenen Richtlinien des Bundes	1980
Sachverzeichnis	1983


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG